

Die Pfarrei St. Petrus in Wolfenbüttel während der NS- und Nachkriegszeit

Von Mechthild Ludwig-Mayer

Südlich von Braunschweig liegt die Kreisstadt Wolfenbüttel. Bis auf wenige Jahre in ihrer mittlerweile 248jährigen Geschichte war die dortige katholische Diasporagemeinde St. Petrus klein und unscheinbar an Zahl. 1932 lebten in der Pfarrei 2300 Katholiken, davon 1200 in der Stadt mit ihren 24000 Einwohnern, und der Rest verteilte sich auf ein weitgestreutes dörfliches Gebiet, deckungsgleich mit dem Altkreis Wolfenbüttel, 750 km² und 124 Orte¹.

Über diese kleine Diasporagemeinde brachen in den Jahren ab 1936 Veränderungen herein, die alle bisherigen Maße sprengten und zeitweise „die größte Pfarrei Deutschlands“² entstehen ließen. Groß — doch unvorstellbar arm und ausgeliefert in dieser Zeit des Nationalsozialismus, arm und benachteiligt in der Nachkriegszeit. In der Zeit des Nationalsozialismus und stellenweise auch danach offenbarte sich „Diaspora“ wohl von ihrer schlimmsten Seite. Und — notgedrungen — verstärkte sich die direkte Zusammenarbeit zwischen Pfarrer, Bonifatiusverein und Generalvikariat Hildesheim, deren Hilfe der Pfarrei in äußerster Notlage doch noch Möglichkeiten für die seelsorgliche Betreuung erschloß.

Die Pfarrei

Stichtag 1. 7. 1933: Pfarrer Andreas Engelke ist seit 1894 Pfarrer an St. Petrus. Ca. 2300 Katholiken leben in der Pfarrei, davon 400 im Amt Salder in 29 Orten. Außer der Petruskirche (seit 1891) gibt es noch eine Kirche in Bad Harzburg-Bündheim (seit 1880), in Schöppenstedt (seit 1927) und einen Kapellenraum in Thiede (seit 1928). Seit dem 6. 5. 1933 steht in Braunschweig Ministerpräsident Dietrich Klagges dem ersten NSDAP-regierten Landtag im Deutschen Reich vor.³ Angesichts der neuen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sind die Gläubigen verunsichert, nicht zuletzt da am 28. 3. 1933 das NSDAP-Eintrittsverbot für Katholiken vom Deutschen Episkopat aufgehoben wurde. Am heutigen

Tage haben die „SS. und Sa.-Hilfspolizei das Heim der katholischen Verbände in der Krummenstraße geschlossen“⁴. Sechs Vereine und Verbände, die bisher katholisches Leben in der Diaspora des evangelisch-lutherischen Freistaates Braunschweig prägten und den Mitgliedern Identifikation gaben⁵, sind damit heimatlos geworden — und werden bis 1936 allesamt aufgelöst sein.

Das Werk

95% des Gebietes der am 15. 7. 1937 gegründeten „Reichswerke AG für Bergbau und Eisenhütten Hermann Göring (HGW)“ gehörte zum Pfarrgebiet von St. Petrus in Wolfenbüttel. Und damit auch die Scharen von Arbeitern/innen, die in dieses ländliche Gebiet einströmen würden, um die geplanten gigantischen Hütten- und Stahlindustrieanlagen mit dazugehöriger Großstadt aufzubauen. Die ersten Barackenlager entstanden schon zwischen Juli und November 1937 in den Bergbaugebieten und nahe der Baustellen: 93 Baracken für 7000 Arbeiter. Sie waren deutsche Bau- und Bergarbeiter aus dem Saar- und Rheinland und Arbeiter aus verbündeten Staaten wie Rumänien und Italien.

Damit war der Startschuß für eine ungeheure Entwicklung gegeben. Wo bisher 18000 Menschen, darunter nur 400 Katholiken, in 28 Dörfern und einer Stadt gelebt hatten, lebten durch die Arbeitsbeschaffung der HGW bald 100000 Menschen; ein Drittel von ihnen waren Katholiken. Ohne Voraussetzungen, ohne gewachsene Strukturen — aber von staatlicher Stelle argwöhnisch und feindlich betrachtet — stand die Pfarrseelsorge dieser plötzlichen Entwicklung gegenüber.

1 Pfarrarchiv (PfA), vgl. dazu: Brief von Pfr. Greve vom 30. 1. 1937; PfA, Brief Bischof Joseph Godehard Machens an den Reichsarbeitsminister vom 25. 1. 1941.

2 PfA, Pfr. Greve an den Generalvorstand des Bonifatiuswerkes, 30. 1. 1937.

3 vgl. dazu Bein, Reinhard (Hrsg.): Juden in Braunschweig. 1900—1945, Braunschweig 1988.

4 Engfer, Hermann (Hrsg.): Das Bistum Hildesheim 1933—1945. Hildesheim 1971, S. 463f. (Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 37/38, 1971).

5 vgl. dazu die Zeitzeugenbefragung vom März und April 1991, masch.-schriftl. Ms.

*Die Diasporagemeinde wird aus ihrer
Unscheinbarkeit herausgerissen*

Pfr. Lothar Greve (1935—1940) an den Bonifatiusverein:

„Der Unterricht auf den Dörfern, wo dauernd kinderreiche oberschlesische Landarbeiter angesetzt werden, zwingt den 1. Kaplan vier Nachmittage in der Woche zu bestimmten Touren. Wir sind schon jetzt nicht mehr in der Lage, notwendige Stellen einzurichten. Wir müssen uns ja nach der Freizeit der Kinder richten ... Wir brauchen ein neues Auto und ein Motorrad ... Die großen Entfernungen der einzelnen Baustellen unter sich und von hier erfordern, daß beide Kapläne und der Pastor gleichzeitig auswärts sein können ...“⁶

Pfr. Greve an die Staatspolizei Braunschweig, Leopoldstraße 24:

„... im ganzen Amt Salder gibt es keine katholische Kirche, wohl aber weit über 10000 katholische Arbeiter. Neben allen Stämmen des Altreiches sind besonders stark Österreicher und Italiener vertreten, sowie Holländer, Danziger, Sudetendeutsche. ... Alle diese Menschen sind von der nächsten Kirche 10—20 km weit entfernt ... Die 3600 Italiener haben eine besondere Bedeutung ... auch, weil der Italiener keine weiten Kirchwege kennt, eine Fußwanderung von einer Stunde ist in Italien — eine Wallfahrt! In Zusammenarbeit mit dem Leiter der italienischen Geistlichen, habe ich in den kleineren Lagern eigene italienische Gottesdienste vermittelt. Im Hauptlager Watenstedt (2000 Italiener) war dies ... bislang unmöglich ...“⁷

„Begleitschreiben [von Pfr. Greve] für ein Baugesuch „Ausbau einer Scheune in Hallendorf zu einer kath. Notkapelle“

Schon am 30. 7. 1938 wandte sich die Abteilung Gefolgschaftsbetreuung der HGW an den Unterzeichneten mit der Bitte, den kath. Holländern des Werkes die Teilnahme am Gottesdienst zu ermöglichen. Es wurde damals Gottesdienst in einer Wirtschaft in Barum eingerichtet. Das ist der nächste Gottesdienst für die in den Lagern von Watenstedt und Hallendorf untergebrachten Katholiken. ... Vollständig unhaltbar wurde die Situation, als die große Siedlung in Hallendorf errichtet wurde, wie sollen die Frauen und Kinder ... sonntags zu Fuß nach Barum pilgern! Das ist bei gutem Wetter ein Marsch von 12 km ... In der erregtesten Form machen mir die Leute immer wieder

Die Kreisdirektion
Wolfenbüttel
An
das Katholische Pfarramt
in Wolfenbüttel.

Wolfenbüttel, den 2. August 1939

Betr.: Ausbau einer Scheune in Hallendorf zu einer katholischen Kapelle.
Vorg.: Ihre Eingabe vom 20. Mai 1939.

Ich bedauere, die von Ihnen beantragte baupolizeiliche Genehmigung auch jetzt nicht erteilen zu können. Die Lage des Rohstoffmarktes und des Arbeitsmarktes, die vordringlichen Aufgaben des Vierjahresplanes und andere staatsnotwendige Bauten verlangen die Zurückstellung auch solcher Bauvorhaben, bei denen ein dringendes Bedürfnis der Beteiligten nicht verkannt werden soll.

Ich stelle Ihnen anheim, zu gegebener Zeit, jedoch nicht vor Ablauf 1 Jahres einen neuen Bauantrag einzureichen.

I. A.
Assessor

Vorwürfe, daß ich nicht für bessere Gelegenheit zum Kirchgang Sorge trüge. Ich habe ihnen schließlich erklärt, sie sollten sich an die Instanzen wenden, die sie hierher gerufen hätten ...“⁸

Diese wenigen Auszüge aus dem umfangreichen Dokumentationsmaterial machen deutlich, wie schwer die Suche nach Lösungen war, den katholischen Stamm- und Zivilarbeitern und ihren Familien nur den Sonntagsgottesdienst zu ermöglichen. Erwerb von Kirchbauplätzen, der Bau von Kirchen wurde während der ganzen NS-Zeit nicht gestattet. Auch ein Bittgesuch von Bischof Dr. Joseph Godehard Machens an „Sr. Excellenz den Herrn Generalfeldmarschall Hermann Göring ... um Anweisung geben zu wollen, uns Kirchbauplätze zum Kaufe anzubieten ...“⁹ fiel der beliebten Taktik der Machthaber zum Opfer: Anträge zu verzögern, zu delegieren, viel zu versprechen und nichts zu halten, damit nichts an kirchlichen Strukturen oder Institutionen entstehen konnte. Kirche für Zigtausende im Salzgittergebiet — so unscheinbar nach außen wie zur Zeit, da es nur 400 Katholiken dort gab.

Selbst Ersuchen, in den Lagern oder Siedlungen einen Raum zum Sonntagsgottesdienst anmieten zu dürfen, wurden mit der Begründung „Religionskämpfe in unseren Gemeinschaftslagern zu vermeiden“¹⁰ abge-

6 PfA, Brief von Pfr. Greve vom 12. 11. 1937.

7 PfA, Brief von Pfr. Greve vom 29. 9. 1938.

8 PfA, Brief von Pfr. Greve vom 20. 5. 1939.

9 PfA, Brief vom 12. 7. 1939.

10 PfA, Brief vom 25. 10. 1938.

Der Bischof von Hildesheim.

Nr. 7344. Sr.Excellenz
dem Herrn Generalfeldmarschall
Hermann Göring
Reichsminister und Preußischer Ministerpräsident
Beauftragter des Vierjahresplanes
in Berlin.

Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall!

Durch die dauernd wachsende Seelsorgenot der Katholiken im Gebiete der Hermann Göring-Werke beängstigt, wende ich mich vertrauensvoll an Ew.Excellenz mit der ehrerbietigsten Bitte, durch gütiges persönliches Eingreifen die Schwierigkeiten ausräumen zu wollen, die einer geordneten Seelsorge dort im Wege stehen.

In Bad Salzgitter sind statt ehemals 200 jetzt 3 000, binnen weniger Monate rund 10 000 Katholiken, aber nur ein Kirchlein, das auf die frühere Zahl berechnet ist.

In dem Gebiete um Watenstedt sind in jeder Siedlung bedeutende Zahlen von Katholiken nachzuweisen, so in

Hallendorf	mindestens	300
Krähenriede	"	150
Woltwiesche	"	300
Stederburg	"	2 000

In der Hermann Göring-Stadt sind bei 150 000 Einwohnern rund 50 000 Katholiken, bei größerer Einwohnerzahl entsprechend mehr zu erwarten.

An all den Orten, Salzgitter ausgenommen, ist keine katholische Kirche. Nicht einmal ein Bauplatz ist in unserer Hand. Die Verhandlungen mit dem Hermann Göring-Werke und dem Reichskirchenministerium, die sich verheißungsvoll anließen, sind auf einem toten Punkt angelangt, da keine dieser Stellen die Entscheidung treffen will.

Die Hermann Göring-Werke haben uns in einem Schreiben vom 11.d.Mts. erneut an das Reichskirchenministerium verwiesen. Dieses aber scheint, wie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht, keine Entscheidung treffen zu wollen, weil es sich offenbar nicht für zuständig hält.

In dieser Notlage sei es mir gestattet, Ew.Excellenz ehrfurchtvoll zu bitten, Anweisung geben zu wollen, uns Kirchenbauplätze zum Kaufe anzubieten. ..."

A b s c h r i f t !

Hauptgefolgschaftsabteilung
Abt. Gefolgschaftsbetreuung
Watenstedt, den 25.10.38
Sta./Be.

An alle Baufirmen im Gebiet Salzgitter/Watenstedt,
die Italiener beschäftigen!

Das Betreten der Wohnlager der Reichswerke "Hermann Göring" ist betriebsfremden Personen ohne Ausweis strengstens verboten. Hierunter fallen auch die Geistlichen der verschiedenen Konfessionsrichtungen.

Wir haben diese Anordnung erlassen, um Religionskämpfe in unseren Gemeinschaftslagern zu vermeiden. Die irdische Betreuung ist An gelegenheit der Reichswerke "Hermann Göring" und der Stellen der NSDAP. Die religiöse Betreuung ist Sache der Kirche und hat in der Kirche stattzufinden.

Wir bitten, um Konflikte zu vermeiden, diese Regelung auch in den Privatlagern durchzuführen und den Geistlichen aller Konfessionsrichtungen mitsuteilen, dass die Lagerbewohner sich in religiöser Hinsicht außerhalb des Lagers betätigen sollen und nicht im Lager.

Ein Besuch von Geistlichen bei den italienischen Arbeitskameraden kann nur in Gemeinschaft mit dem Vertreter der italienischen Confederazione, Gay. Becherini, (telefonisch zu erreichen unter Nr. Braunschweig 8776) erfolgen. Weiter muss auch der Lagermeister zugegen sein.

Heil Hitler!

Reichswerke AG. "Hermann Göring"
Hauptgefolgschaftsabteilung
Abt. Gefolgschaftsbetreuung
ges. Unterschrift

lehnt. Ausweichmöglichkeit: Privatzimmer und Wirtshaussäle, manchmal befristet gewährt; wieder vorbei, wenn der staatliche Druck für den Vermieter zu groß wurde.

Mit Kriegsausbruch im September 1939 verschärfte sich die Situation für die Kirche: der staatliche Druck auf persönliche Freiheiten für die rd. 50000 Katholiken der Pfarrei wurde stärker, und es kamen zusätzliche Mitgläubige dazu.

Zuerst wurden mit Kriegsausbruch 6000 „Rückgeführte“ mit 8 Priestern aus dem zwangsevakuerten Saarland nach Wolfenbüttel und die östlich gelegenen

Dörfer eingewiesen. Dann kamen Tausende von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus den überfallenen Ländern, um in den HGW Zwangsarbeit zu leisten. Für sie wurden mehr als 70 Lager primitivster Art¹¹ errichtet. Ab 1942 setzten die HGW verstärkt KZ-Häftlinge für die Rüstungsproduktion ein, 3 KZs entstanden auf deren Grund und Boden.¹² Dann kamen ab 1940 an die 7000 Ukrainer griechisch-katholischen Bekenntnisses¹³ und die „Zivilpolen“, die wie Juden und Zigeuner zu den „Untermenschen“ zählten. Schließlich brachte die Jahreswende 1944/45 die letzte Evakuiertenwelle in die Pfarrei, ca. 4000 Katholiken aus dem Rheinland und dem Aachener Raum, da die Westfront zusammengebrochen war.

11 vgl. dazu: Wysocki, Gerd: Zwangsarbeit im Stahlkonzern Braunschweig 1982; Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933—1945, Köln 1985, S. 50.

12 ebd., Anm. 11.

13 PfA, vgl. Brief von Pfr. Greve vom 15. 2. 1940.

Was an Religionsausübung noch möglich war

Positiv war, daß es in fast allen Dörfern evangelische Kirchen gab. So konnte für die 6000 katholischen Saarländer in einigen Dörfern (z. B. Salzdahlum, Gr. Denkte) die evangelische Kirche für Sonntagsgottesdienste angemietet werden. Einige der 8 Seelsorger konnten von Pfr. Franz Ernst (1940—1943) im seelsorglichen Notstandsgebiet der HGW eingesetzt werden, so daß die große Krise für die Pfarrei erst 1941 eintrat, als die „Rückgeführten“ wieder in ihre Heimat zurückgeschickt wurden.

Kriegsgefangenenseelsorge hatte sich für den Standortpfarrer in der Organisation von Gottesdienstmöglichkeiten zu erschöpfen. In den 4 größten Lagern Hallendorf (3077 Gefangene), Reppner (1153), Heerte (602) und Bruchmachtersen (397) konnte schon im Dezember 1940 mit Hilfe internierter Priester Gottesdienst regelmäßig gehalten werden.¹⁴

Mit der Seelsorge an den Ukrainern beauftragte der Bischof im September 1940 zwei ukrainische Priester für die Diözese, einen davon nur für den Bereich der Pfarrei St. Petrus.¹⁵

Neben der Betreuung der im Gefängnis Wolfenbüttel — meist wegen Bagatelldelikten — einsitzenden „Untermenschen“, bes. polnische Zwangsarbeiter, Sinti und Roma¹⁶, oblag dem Pfarrer von St. Petrus auch der Beistand für die Todeskandidaten. Pfarrer Ernst konnte sich bis 1940 noch jedem einzelnen Verurteilten intensiv widmen, verbrachte die letzte Nacht bei dem Gefangenen und begleitete ihn am Morgen zur Guillotine.¹⁷ Sein Nachfolger Pfr. Wilhelm Unverhau (1943—1954) wurde mit einer im weiteren Verlauf des Krieges extrem ansteigenden Zahl der Hinrichtungen konfrontiert, bes. von französischen und belgischen Widerstandskämpfern. Er betreute zwischen 1943 und 1945 mehr als 216 zum Tode Verurteilte, darunter vier katholische Priester.¹⁸

Die „Polenpastoration“ oblag grundsätzlich Geistlichen der „Wandernden Kirche“. Sie waren verpflichtet, keine Deutschen zu „polnischen“ und keine Polen zu „deutschen“ Gottesdiensten zuzulassen.

Um neben dieser system- und kriegsbedingten auch die reguläre Seelsorge wenigstens einigermaßen aufrechterhalten zu können, regte Pfr. Greve in der Kirchenvorstandssitzung vom 19. 10. 1939 an¹⁹, vier Seelsorgehelferinnen, vornehmlich Ordensfrauen, für St. Petrus zu erbitten: 1 Pfarrhelferin (Lehrerin), 1

Diasporahelferin, 1 Krankenschwester, 1 Hausschwester. Hausbesuche und Religionsunterricht, besonders im Salzgittergebiet, sollten ihr Aufgabenfeld sein. Ein ausführlicher Schriftverkehr mit dem Schutzengelverein Paderborn und dem Generalvikariat Hildesheim beginnt.²⁰ Schon Anfang November erklärt der Schutzengelverein seine Bereitschaft, einen Besoldungszuschuß²¹ zu geben, und am 1. Dezember 1939²² erklärt die Generaloberin der Armen Schulschwestern von Unserer Lieben Frau/Generalat München, zwei Schwestern nach Wolfenbüttel zu entsenden. Nun müssen unter großen Schwierigkeiten Wohnung, Möbel, Fahrräder organisiert und das ganze Erscheinungsbild katholischer Ordensfrauen in der NAZI-Zeit mitbedacht werden:

(Der Pfarrer an die Generaloberin)

„Für den Außendienst würde ich eine schlichte weltliche Kleidung vorschlagen, jedenfalls ist der Schleier und das Pellerinchen für Auto- und Radfahren wenig geeignet. Wie unsere Gläubigen sich daran gewöhnt haben und zwar auch die, die aus rein katholischen Gegenden stammen, daß wir bald in Soutanelle, bald in Civil bei ihnen erscheinen, so werden sie auch an einer Schwester in schlichter civiler Kleidung keinen Anstoß nehmen. In vielen Fällen wird ihnen ein derartiger unauffälliger Besuch lieber sein wie jemand, bei dem sämtliche Nachbarn sofort fragen, wer war denn das? ...“²³

Am 15. 3. 1940 beginnen die ersten beiden Armen Schulschwestern, beide Volksschullehrerinnen mit Missio Canonica. Bis 1945 wird sich auf Initiative der Pfarrer Ernst und Unverhau ihre Zahl auf 8 Schwestern erhöhen, und sie werden vornehmlich im Salzgittergebiet unerkannt wirken. Später — im April 1946 — als die Schwestern wieder in ihre Klausur nach Bayern

14 PfA, Bericht an das BGV Hildesheim vom 19. 12. 1940.

15 PfA, Schreiben an das BGV Hildesheim vom 26. 11. 1940.

16 PfA, vgl. dazu Todes- und Begräbnisbuch V BA und VI A.

17 vgl. dazu Persönliches Protokoll von Pfr. Franz Ernst vom 25. 7. und 11. 9. 1990.

18 vgl. Engfer, S. 67; PfA, masch.-schrftl. Ms. von Pfr. Wilhelm Unverhau vom 1. 4. 1946.

19 vgl. Protokollbuch des Kirchenvorstandes 1892—1946, Sitzung vom 19. 10. 1939.

20 PfA, Brief vom 1. 12. 1939; PfA, Brief vom 26. 4. 1940, gleichzeitig Abschiedsbrief Pfr. Greves aus Wolfenbüttel, der nach Hann. Münden versetzt wird, an den Bonifatiusverein.

21 PfA, vgl. Brief vom 8. 11. 1939.

22 vgl. Anm. 20.

23 PfA, Brief vom 14. 2. 1940.

zurückkehren müssen und nach langem Ringen durch Schwestern des schlesischen Konvents, Sitz Brakel, ersetzt werden²⁴, wird Pfarrer Unverhau den Schwestern bescheinigen, „... alle Schwestern haben sich so restlos eingesetzt ... unter den schwierigsten Diasporaverhältnissen und unter den gegebenen politischen Verhältnissen, daß ein großer Teil der seelsorglichen Erfolge in unserem Gebiet mit auf das Konto der Pfarrschwestern geschrieben werden muß“²⁵

Verzweiflung, Wut, Zorn und Trauer spricht aus dem Brief Pfr. Unverhaus an den Bischof aus der Weihnachtswoche 1944, nachdem die beiden versprochenen Kapläne immer noch nicht eingetroffen sind und die Bittgesuche um Unterstützung an die Dominikanerkonvente in Warburg und Bad Pyrmont ohne jede Resonanz geblieben sind:

„Wir werden in der Weihnachtswoche Gottesdienst auf den Dörfern halten, wo es nur möglich ist. Aber es ist widersinnig, daß sich zwei Leute abrackern, um doch nur post festum verärgerten Gläubigen die Frohbotschaft von der erschienenen Güte ... Gottes zu verkündigen. Wir wollen gern alles tun, was in unseren Kräften steht; aber ich fürchte, daß es auch einmal mit unserer Kraft zu Ende geht. Die Seelsorge an der alten Gemeinde ist geblieben und wir haben vorher die Hände auch nicht in den Schoß gelegt.“²⁶

Was nicht sein durfte

War die Seelsorge für die obigen Bereiche auch äußerst schwierig durchzuführen, so war sie dennoch möglich. Völlig rechtlos gemacht durch Gesetze des nationalsozialistischen Regimes — und damit jeder Religionsausübung beraubt — waren die Menschen in den ca. 100 Zwangsarbeiterlagern der HGW, den KZs Drütte, Leinde und Salzgitter-Bad und dem „Sonderlager 21“.²⁷

Das KZ Drütte war das größte der Außenlager des KZ Neuengamme im Bereich der HGW.²⁸

Ins Sonderlager Watenstedt, das berüchtigte „Lager 21“, wurde am 18. 4. 1941 der Pfarrer von St. Gregor/Bad Harzburg-Bündheim, Christoph Hakethal — wahrscheinlich wegen verbotener Polenseelsorge — verbracht. Drei Monate blieb er dort, bis er anschließend ins KZ Dachau verlegt wurde und am 25. 8. 1942 infolge vollständiger Entkräftung und hinzutretener Lungenentzündung starb.

11. 4. 1945; für Wolfenbüttel ist der Krieg zu Ende; der Flüchtlingsstrom schwillt an

In der ersten Kirchenvorstandssitzung nach dem Krieg gibt Pfr. Unverhau rückblickend zu bedenken: „Noch läßt sich zur Zeit nicht übersehen, wie stark der Einbruch in das religiöse und kirchliche Leben nicht bloß der letzten 12 Jahre, sondern auch der davor liegenden Zeit gewesen ist ... niemals hat ein so konzentrierter Angriff gegen alles Religiöse stattgefunden ..., nicht nur, daß man das kirchliche Leben in seinen äußeren Formen, z. B. in der kath. Vereinstätigkeit, fast völlig lahmgelegt hat; auch das religiöse Denken der Menschen ist vom Nationalsozialismus stark beeinflußt worden ... Mit der Inanspruchnahme der totalen Autorität beseitigte er ... jede Autoritätsgeltung in der Familie, Gesellschaft und Kirche ...“²⁹ Und Pfarrer Unverhau stellt zeitkritisch fest: „Die gegnerischen Kräfte haben sich nur verlagert. Immerhin ist zunächst einmal eine gewisse Unsicherheit des Wirkens beseitigt worden ... Es ist uns ... die Freiheit des Wortes zurückgegeben, die Dinge, die uns auf der Seele brennen, auch mit dem rechten Namen zu nennen ...“³⁰

Auf dieser Basis warteten die alten und neuen Sorgen auf eine bessere Zukunft: die Flüchtlinge und Vertriebenen in ihren Lagern und Einquartierungen; der Hunger und die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot; der Wiederaufbau eines freien religiösen Lebens, auch in Gottesdienst, Verein und Gruppe. Stellvertretend für die vielen anstehenden Problemlösungen seien zwei Bereiche herausgegriffen und kurz dargestellt: die Situation von katholischer Bekenntnisschule und Religionsunterricht, die Errichtung notwendiger Kirchbauten. Und dies alles auf folgendem Hintergrund:

Immer noch lag das riesige Pfarrgebiet von 750 km² zugrunde, nach der letzten Pfarrumschreibung vom März 1944³¹ aufgeteilt in 11 Pfarrvikarien und -kuratien. Nachdem bis Mitte 1946 größtenteils die Rückführung der Evakuierten, Fremdarbeiter und

24 PfA, Brief vom 11. 4. 1946.

25 PfA, Brief vom 16. 4. 1946 an die Generaloberin/München.

26 PfA, vgl. Schreiben vom 29. 12. 1944 an das BGV.

27 vgl. dazu Wysocki, Gerd: Zwangsarbeit; Anm. 11.

28 vgl. dazu Eckert, Gisela: Die Barackenlager der „Hermann-Göring-Werke“ im Salzgittergebiet 1937—1966, Mag.-Arb., Braunschweig 1991.

29 Protokollbuch, Sitzung vom 21. 1. 1946.

30 ebd. S. 2.

31 PfA, Bischöfliches Schreiben vom 24. 3. 1944.

Zwangsarbeiter in ihre Heimat abgeschlossen war, waren im gleichen Zeitraum „24000 Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten (19000) und aus der russischen Zone (5000) aufgenommen“.³² Der größte Teil von ihnen mußte in Massenquartieren — den nun geräumten Lagern der HGW — untergebracht werden. Die Dörfer wiesen, ebenso wie die Stadt Wolfenbüttel, eine 80—100% Belegung mit Flüchtlingen auf. Nach der Volkszählung vom Oktober 1946 gab es in St. Petrus 36476 Katholiken, für die 15 Seelsorger zur Verfügung standen.³³

Schule und Religionsunterricht

Die Auseinandersetzungen seitens des Pfarrers und der Bischöflichen Behörde mit dem Niedersächsischen Verwaltungsbezirk Braunschweig, Abteilung für Wissenschaft und Volksbildung betreffs Einrichtung katholischer Sammelklassen bzw. Wiedereinrichtung der — beachtlicherweise nicht im 3. Reich aufgehobenen, sondern nur „kriegsbedingt verlegten“³⁴ — katholischen Schule dauerten 11 Jahre! Dabei ging es um ca. 6500 katholische Kinder. Die Situation in der Pfarrei muß differenziert für die Stadt Wolfenbüttel, den Kreis Wolfenbüttel und das Salzgittergebiet betrachtet werden.

Stadt Wolfenbüttel

Dazu zählten noch 16 Dörfer. Nach Eingaben von Pfr. Unverhau und Bischof Joseph Godehard an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig um Wiedereröffnung der katholischen Schule war am 2. 4. 1946 das Staatsministerium bereit, „... in Wolfenbüttel die räumliche Zusammenfassung der Kinder röm.-kath. Bekenntnisses auf dem Verwaltungswege weder vorzunehmen und den Status quo ante 1933 wieder herzustellen.“³⁵ Die Errichtung von Bekenntnisschulen wurde nicht erwähnt, mit Weisung vom 11. 12. 1946 sogar zurückgestellt.³⁶ Während einerseits um die katholische Schule gekämpft wurde, wurden andererseits die katholischen Sammelklassen zügig eingerichtet. Im April 1947 waren die für den Volksschulbereich geforderten „8 rein katholischen Klassen“³⁷ vorhanden.

An den höheren Schulen sowie den Ober- und Mittelschulen stieß die Erteilung des Religionsunterrichtes wegen der geringen Zahl katholischer Schüler und ihrer Verteilung auf alle vorhandenen Klassen auf ungeheure Schwierigkeiten³⁸. Eine zusätzliche Er-

schwerinis: „An allen höheren Lehranstalten der Stadt Wolfenbüttel“ waren religionsfeindliche Tendenzen vorhanden, die „katholische Schüler in ihrem Glaubensleben stark beunruhigten“³⁹ und benachteiligten.

Dörfer des Kreises Wolfenbüttel

Dazu zählten 79 Dörfer. Die Sorge für die Religionsunterrichtserteilung oblag zuerst den Pfarrvikaren, unterstützt von Seelsorgehelferinnen. Grundlegendes Problem: durch Entscheid des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig durfte schulplanmäßiger Religionsunterricht nur durchgeführt werden, wenn 30 katholische Kinder vorhanden waren, ansonsten mußte der Unterricht außerhalb der Schulzeit erfolgen. Doch in den kleinen Dorfschulen waren selten 30 katholische Kinder — und durch die raumnotbedingte ganztägige Belegung der Schulen mit Unterricht war die große Frage: Wo soll der Unterricht abgehalten werden?⁴⁰

Die Stadt Watenstedt-Salzgitter

Zu ihr zählten 29 Orte. Trotz einer Schulabstimmung, die schon 1946 eindeutig zugunsten einer katholischen Schule ausfiel⁴¹, wurden 19 Jahre lang weder die sonst im ganzen Kreis Wolfenbüttel selbstverständliche Religionserteilung bei 30 katholischen Kindern schulplanmäßig gewährt noch Sammelklassen erlaubt, noch seitens des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig die Wiedererrichtung der vor 1933 bestandenen katholischen Schulen in Salzgitter-Bad, Ringelheim, Goslar und Vienenburg gewährt. 3300 katholische Kinder waren betroffen.⁴² „Welch große religiöse Gefahren dadurch heraufbeschworen werden, kann nur der wirklich ermessen, der in diesen

32 PfA, Brief Pfr. Unverhau vom 18. 7. 1946.

33 PfA, Brief an das BGV Hildesheim vom 18. 2. 1947.

34 PfA, Brief vom 1. 4. 1947.

35 ebd.

36 ebd.

37 PfA, Brief vom 9. 5. 1947.

38 vgl. dazu: PfA, Bericht Pfr. Unverhaus an die Militärregierung betr. religiöser Angelegenheiten vom 6. 10. 1948; PfA, Schreiben vom 25. 11. 1949.

39 PfA, Brief vom 14. 6. 1947.

40 PfA, Schreiben vom 21. 11. 1947 an den Schulrat Dr. Wilgelis.

41 vgl. dazu Kirchlicher Anzeiger, Hirtenwort vom 15. 8. 1946, S. 3ff.

42 PfA, vgl. Brief vom 9. 5. 1947; PfA, Statistik, Übersicht und Schulverhältnisse, 1. 12. 1950.

Verhältnissen steht. Es muß einmal deutlich gesagt werden, daß nur die Sturheit der braunschweigischen Verwaltungsstellen und ihre klar erkennbare religionsfeindliche Haltung diese Verhältnisse herbeiführt. ... Hier will man bewußt die Zusammenfassung der kath. Kinder unmöglich machen, um damit gleichzeitig auch die Wirkungsmöglichkeit der kath. Lehrer und Geistlichen zu unterbinden. Wenn es nicht gelingt, wenigstens in den größeren Orten des Stadtgebietes Watenstedt-Salzgitter kath. Sammelklassen einzurichten, ist die religiöse Erziehung der Kinder auf das äußerste gefährdet. ...“⁴³

Behebung des kirchlichen Notstandes in den Pfarrvikarien

Die 5 Vikarien des Salzgittergebietes, des Stadtgebietes Watenstedt-Salzgitter (Thiede-Steterburg, Watenstedt, Lebenstedt, Woltwiesche, Gebhardshagen) bildeten den Schwerpunkt der kirchlichen Sorge. Äußere Situation: Im Juli 1949 lebten hier 112245 Menschen, davon 21000 Katholiken. Unter den 112245 Menschen waren 40000 Flüchtlinge, mehr als 10000 hausten in Barackenlagern.⁴⁴ Durch die anhaltende Demontage der Industrieanlagen (kann erst 1952 auch durch maßgebliche Intervention des Bischofs gestoppt werden) beträgt die Arbeitslosenquote mehr als 10%. 40% der Katholiken sind entweder Arbeitslose, Kinderreiche oder Flüchtlinge.⁴⁵ Innere Situation, wie folgt beschrieben von Pastor Lottner, Thiede: „Die eigentlichen Gründungsschwierigkeiten der Gemeinde treten jetzt auf, nicht in dem vergangenen ersten Jahrzehnt. In den Nazijahren stand die Gemeinde mit dem Pastor zusammen im gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Würgegriff, der in der ‚Stadt ohne Gott‘ der Kirche und der christlichen Kindererziehung ans Leben wollte. Nach 1945 kamen die vielen Opportunisten zur Gemeinde hinzu, die vorher nicht mitmachten und daher auch keine Belastung darstellten. Jetzt sind sie eine Belastung, denn mitrechnen muß man sie, und dazu neigt diese Gruppe zu Krakehl und ‚demokratischem‘ Mitreden oder richtiger Dreinreden. Dazu kommt die große Zahl der Flüchtlinge, meist solche Menschen, die zwar erhebliche Ansprüche stellen, aber nicht geben, d. h. zum Gemeindeleben beitragen wollen. ... Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, Vorurteile auszuräumen, klärend und gewinnend zu wirken, ist ein Priester in dieser großen Gemeinde viel zu wenig, da dies nur durch stark gepflegte persönliche Seelsorge, vor allem Hausbesuche geschehen kann ...“⁴⁶

Es fehlte an Seelsorgern und kirchlichen Räumen, Kirchen und Kapellen, da während der ganzen NAZI-Zeit nichts an Bauten hinzugekommen war, wohl aber Zigtausende von Katholiken.

Was mußte getan werden?

Alle Verhandlungen zum Kauf von Kirchbauplätzen scheiterten in den Jahren 1945—1950 an der Tatsache, daß die Reichswerke und ihr ganzer Besitz an Grundstücken von der Militärregierung beschlagnahmt waren. Erst Ende 1950 konnte die Diözese Hildesheim 8 Kirchbauplätze für insgesamt 83 193,— DM erwerben.⁴⁷ Ein Gesamtbedarf für kirchliche Bauten im Salzgittergebiet von 4654000 DM wurde festgestellt.⁴⁸ Die sofortige Realisierung aller notwendigen Bauten war bei der Finanznot der Diözese Hildesheim (650000 Katholiken, größte Diasporadiözese der Bundesrepublik Deutschland) unmöglich. Daher sollten die 3 vordringlichsten Kirchbauten in Lebenstedt, Steterburg und Gebhardshagen durchgeführt werden. Bonifatiuswerk, Diözese und Pfarrei stellten erhebliche Gelder zu Verfügung, und lange Jahre wurde um einen Zuschuß des Bundesfinanzministeriums für die „Kirchliche Erstausrüstung“⁴⁹ im Salzgittergebiet gekämpft. Erst ein detailliertes Schreiben von Pfr. Unverhau an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer vom 4. 2. 1952 brachte die Wende.⁵⁰ Am 22. 7. 1952 waren 500000 DM Haushaltsmittel⁵¹ des Bundes bewilligt, mit deren Hilfe „die genannten 3 Kirchengebäude unter vorläufiger Weglassung der Türme, der Pfarrhäuser und der sonstigen Nebengebäude erstellt werden.“⁵² Mit einem nach harten Auseinandersetzungen 1953 doch noch gewährten Zuschuß von 250000 DM aus Bundesmitteln⁵³ konnte dann mit

43 ebd., Anm. 42a, S. 4.

44 PfA, Die kirchliche und seelsorgliche Situation im Salzgitterkreis Watenstedt-Salzgitter, S. 1.

45 PfA, vgl. Schreiben vom 4. und 19. 1. 1950, vgl. ebenso Ergänzung zum Missionsbericht 1949, S. 2.

46 PfA, Brief von Pastor Lottner an das BGV Hildesheim zwecks Kirchbau und Anstellung eines Kaplans vom 19. 1. 1950, S. 3.

47 PfA, vgl. dazu: Grunderwerbskosten für die erforderlichen Kirchenanlagen im Salzgitter-Gebiet vom 10. 1. 1952; Brief von Pfr. Unverhau an den Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer vom 4. 2. 1952.

48 PfA, Zusammenstellung der erforderlichen Kirchenanlagen im Salzgittergebiet vom 10. 1. 1952.

49 vgl. dazu: Anm. 48b; PfA, Brief des Generalvikars an den Bischof vom 8. 11. 1952.

50 vgl. dazu Anm. 48b.

51 PfA, Schreiben des Bischofs vom 20. 9. 1952 (Nr. 11340).

52 ebd.

53 PfA, vgl. dazu Brief des Bischofs vom 11. 8. 1953 (Nr. 9835).

dem Bau einer zusätzlichen Kirche in Salzgitter-Bad/Neubaugebiet und einer zweiten Kirche in Lebenstedt begonnen werden.

Als die Pfarrvikarien so weit baulich und personell ausgestattet waren, wurden sie zu eigenen Pfarreien erhoben: SZ-Lebenstedt (St. Michael), SZ-Gebhardshagen (St. Gabriel), SZ-Thiede (St. Bernward), SZ-

Watenstedt (alle zum 7. 6. 1955).⁵⁴ Am 1. 4. 1956 erfolgte die Abgliederung von Bad Harzburg-Bündheim (St. Gregor) und am 1. 8. 1956 die von Schöppenstedt (St. Joseph).⁵⁵

Bildverzeichnis

Faltkarte Seite 167: zurückgefragt, Wolfenbüttel 1991.

54 PfA, Errichtungsurkunde vom 7. 6. 1955.

55 PfA, Errichtungsurkunde vom 1. 4. 1956 und 1. 8. 1956.